

Steffen Harzer
Bürgermeister Hildburghausen
AG Kommunalpolitik Landesvorstand Die.Linke Thüringen

Thesen zur Erhebung von Beiträgen nach Kommunalabgabenrecht

(aufbauend auf den Thesen von Sascha Bilay und Frank Kuschel vom 11.04.2007)

Die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen (Wasserbeiträge wurden bereits zum 01.01.05 mit der letzten Novelle des ThürKAG auf Vorschlag des CDU-Ministerpräsidenten unter großer Zustimmung des Landtages abgeschafft) ist gegenwärtig in Thüringens Die Linke. umstritten. Unterschiedliche Sichtweisen führen zu einem unterschiedlichen Verständnis von Kommunalpolitik.

Angestoßen wurde die Debatte durch den „Aufruf der Bürgermeister“ vom März 2007. Er und die darauf folgenden Reaktionen verdeutlichen die unterschiedlichen Sichten von kommunalen Verantwortungsträgern und Mandatsinhabern. Im Kern beinhaltet die Auseinandersetzung nicht nur die Frage nach einer etwaigen Abschaffung von Kommunalabgaben, sondern die nach der Klärung des Grundverständnisses von linker, sozialistischer Kommunalpolitik im Thüringer Landesverband.

Überwinden muss die bevorstehende Diskussion die gegenwärtige Interessenlager- Bildung: Hier die Mieter, da die Besitzer, Eigentümer und Vermieter. Hier die Bürgermeister, Aufsichtsräte und Werksleiter, da die kommunalen Räte und Einwohner. Das war bisher der Verlauf der Diskussionslinie.

Wir sind aber, eingedenk der auf dem letzten Landesparteitag von allen mit getragenen Kampfansage Bodo Ramelows an die Landesregierung, aufgefordert, eine Politik zu entwickeln und zu praktizieren, welche a l l e n (berechtigten) Interessen im Wortsinne „gerecht“ wird. Grundlage der Entscheidung muss dabei unser ureigenes Anliegen, unser gesamtgesellschaftlicher sozialistischer Anspruch sein: die Vertretung der Interessen derer, die selbstständig dazu nicht in der Lage sind und für die der Kampf um die Vertretung eigener Interessen zu existenziellen Frage wird.

Es wird bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht möglich sein, alle Interessen gleichermaßen zu bedienen, eine „eilvernehmliche Lösung“ ist auf Grund der sehr gegensätzlichen Interessenlagen Betroffener nicht möglich.

Linke Kommunalpolitik bedeutet in Kenntnis dieser gegensätzlichen Interessen Politikangebote zu erarbeiten, welche trotz Konfliktpotenzial mehrheitsfähig sind.

Dabei kann die Linke. sich nicht ausschließlich als einseitiger Vertreter einzelner privater Lobbyinteressen verstehen.

Die Verfolgung eigener (auch privater) Interessen ist ein legitimes Anliegen von Betroffenen in einer freiheitlichen Gesellschaft. Wenn sich Betroffene dazu eigene Organisationen schaffen, wird daran deutlich, dass die Lösung von zeitlich befristeten singulären Problemlagen oftmals einer Partei (momentan) nicht zugetraut wird. Diese Skepsis (be)trifft auch Die Linke.. Deshalb schaffen sich Betroffene entsprechende Strukturen (z.B. Bürgerinitiativen). Diese sind in ihrer thematischen Ausrichtung und Lebensdauer immer begrenzt, oft sogar auf einen Einzelfall bezogen. Darin liegt ein Vorteil (ein einzelnes Politik- oder Arbeitsfeld lässt sich einfacher und schneller abarbeiten, vielleicht sogar endgültig lösen; eine Partei mit Gestaltungs- und Regierungsanspruch muss aber gleichzeitig und komplex in allen Ressorts handlungs- und lösungsfähig sein, das ist ungleich schwerer!). Die thematische

Begrenzung schränkt aber auch hinsichtlich der Ressourcen (Personal, Sachkompetenz, Logistik, Beratung, organisatorische Kontinuität, Zustimmung) massiv ein, ein eindeutiger Nachteil. An dieser Stelle werden als Ausgleich solcher Defizite die Ressourcen unserer Partei gern in Anspruch genommen. Die Akzeptanz der sozialistischen Partei wuchs dadurch im Laufe der Jahre im bürgerlichen Lager keineswegs adäquat zum betriebenen Aufwand. Eher hat die einseitige Bezugnahme auf solche kurzlebigen Lobbystrukturen eine neue Distanz zu anderen, wichtigen Interessenvertretungen (Mieterbund) entstehen lassen. Das kann kein Vorteil für eine Partei mit eindeutigem und hauptsächlich sozialem Profil sein, erst recht nicht in der konkreten erhärteten Konkurrenzsituation gegenüber anderen Parteien.

Diese Situation muss aufgelöst werden ohne die Preisgabe einer Partnerschaft zu den beschriebenen Initiativen. Allerdings muss die Partei hier auch souverän ihr Eigeninteresse als Vertretung der eingangs beschriebenen Schutzbedürftigen wahrnehmen, welche nicht identisch sein müssen mit den BI- Aktiven!

Linke Kommunalpolitik bedeutet, Bürgerinnen und Bürger als Partner zu verstehen und mit ihnen gemeinsam die Durchsetzung gleichartiger Interessen zu erstreiten.

Die Eigentümerstruktur in den ostdeutschen Ländern war nicht mit der Eigentümerstruktur in den westdeutschen Ländern vergleichbar. Während in der alten BRD immobilies Vermögen im Regelfall nur erworben und unterhalten werden konnte, wenn auch fiskalisches Vermögen vorhanden war, konnte in der DDR Wohneigentum auch dann erworben werden, wenn fiskalisches Vermögen kaum vorhanden war. Dieses hat sich umgekehrt und den Verhältnissen in den Alten Bundesländern angeglichen. Wohneigentum ist auch in Thüringen heute in der Regel an fiskalisches Vermögen gebunden. *

Linke Kommunalpolitik bedeutet, die beiden grundgesetzlichen Normen (Eigentum verpflichtet und Schutz des Eigentums) gleichberechtigt nebeneinander zu wahren und durchzusetzen.

Die Beitragserhebung setzt an dem gedanklichen Modell an, dass allein durch eine durchgeführte Baumaßnahme der Gebrauchsnutzen und der fiskalische Wert des Grundstückes steigt und somit das Grundstück (mit dem darauf befindlichen Baukörper) besser zu nutzen bzw. zu verwerten sei als zuvor. Das Äquivalenzprinzip ist hierbei anzuwenden. Es sagt aus, dass derjenige, der von einer Leistung einen Vorteil hat, nach Maßgabe dieses Vorteils über eine entsprechende Abgabe zur Finanzierung dieser Leistung herangezogen wird. Das Äquivalenzprinzip kann somit als Übertragung marktwirtschaftlicher Mechanismen auf staatliche Aktivitäten angesehen werden. Damit besteht allerdings kein Zusammenhang zum tatsächlichen Nutzen der Straßen bzw. Abwassersysteme. Für die tatsächliche Nutzung (laufende Kosten) der Straßen ist die Allgemeinheit („der Steuerzahler“) zahlungspflichtig. Für die Abwassersysteme wird eine gesonderte Gebühr erhoben, für die die anspruchsberechtigten Mieter und Eigentümer zahlungspflichtig sind.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass dem Äquivalenzprinzip Rechnung zu tragen ist. Ebenso ist bei der Erhebung von Kommunalabgaben das Verursacherprinzip konsequent zur Anwendung zu bringen.

Auch in der Kommunalpolitik ist den ökologischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Die Refinanzierung über Beiträge erfolgt unabhängig davon, wie stark die zur Verfügung

stehende Leistung tatsächlich genutzt wird. Eine reine Gebührenfinanzierung steht vor dem Problem, dass ca. 80 % - 90% der Kosten in den Wasser- und Abwasserwerken Fixkosten sind (Uni Hannover) die durch eine Verbrauchsabsenkung nicht maßgeblich reduziert werden können. Eine ökologische Lenkungswirkung ist daher nicht zu erkennen, da ein sinkender Verbrauch dem bestehenden Leitungsnetz schadet und so zu neuen Kosten führt.**

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass neue Konzepte zur Gestaltung der Gebühren zu favorisieren sind. Hier sind Varianten zu entwickeln die Familien mit Kindern begünstigen und gleichzeitig Eigentümer in ihren grundgesetzlich garantierten Eigentumsinteressen nicht beschneiden.

Bei der Erhebung von Kommunalabgaben geht es neben den vorangegangenen Prinzipien auch um Transparenz. Dies darf sich nicht nur auf die Arbeit in den Verwaltungen und Einrichtungen der Aufgabenträger beschränken (Informations- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen weiter ausgebaut werden). Ebenso wichtig ist, Transparenz bei den tatsächlich entstehenden Kosten zu erwirken. Hierbei sind die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Aufgabenträger (Versorgungsbereiche, Bevölkerungsdichte) mit zu berücksichtigen, da diese wesentlichen Einfluss auf die Gebühren- und Beitragsgestaltung haben. Eine Benachteiligung der ländlichen Regionen des Freistaates Thüringen muss vermieden werden. Die überörtliche Kommunalprüfung hat hier wirkungsvolle Vergleichszahlen zu entwickeln und zu erstellen.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass der Anspruch des „gläsernen Rathauses“ vor den Zweckverbänden nicht halt macht und das leistungsfähige Aufgabenträger für Ihre „Kunden“ vergleichbare Leistungen erbringen.

Ich stelle diese Thesen bewusst zur Diskussion, alternativ zum Thesenpapier, welches von Sascha und Frank im April bekannt gemacht worden ist um die Diskussion dazu weiter zu bringen und möglichst zu befruchten, damit in Vorbereitung der Landtagswahlen 2009 ein tragfähiger Standpunkt der Linken. Thüringen erarbeitet werden kann.

Steffen Harzer
Bürgermeister

*

Pressemitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik aus 2006:

„Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik erhöhte sich mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum. Von den Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 900 und 1 300 Euro wohnten 27,7 Prozent und von denen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1 500 und 2 000 Euro 44,3 Prozent als Eigentümer. Von den Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3 600 und 5 000 Euro besaßen 80,9 Prozent eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus. Die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers beeinflusst das Vorhandensein von Wohneigentum. So verfügten 67,2 Prozent der Haushalte von Selbständigen über Wohneigentum. Dagegen wohnten die Angehörigen von Rentnerhaushalten eher zur Miete und nur 30,9 Prozent im eigenen Heim. In den Arbeiterhaushalten war das Verhältnis zwischen Wohneigentum (48,9 Prozent) und Nichtwohneigentum nahezu ausgeglichen.“

**

Hoher Grundpreis entlastet Mehrpersonenhaushalte

Würde hingegen ein hoher Grundpreis pro Haushalt verlangt, könnten Mehrpersonenhaushalte künftig entlastet werden. "Plusminus" rechnet vor, dass eine fünfköpfige Familie in Berlin bei durchschnittlichem Wasserverbrauch statt 1016 Euro im neuen Modell nur noch 480 Euro im Jahr zahlen würde. Singlehaushalte würden allerdings im Gegenzug mehr zahlen. Die Gesamtrechnung aller Bürger könnte künftig allerdings sinken, da die Wasserwerke bei steigendem Wasserverbrauch weniger Aufwand für Kanalsanierungen treiben müssen. Quelle: T-online <http://onwirtschaft.t-online.de/c/11/67/25/90/11672590.html>